Der organisierte kampf der unternehmer gegen die ...

Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbu...





Flugschriften
der
Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands

Nr. 7

Der organisierte Kampf der Unternehmer gegen die Arbeiter



1906.

Verlag: C. Legien, Berlin SO., Engel-Ufer 15.

An die Millionen von Arbeitern und Arbeiterinnen, die sich ihrer Gewerkschaftsorganisation noch nicht angeschlossen haben, die abseits stehen von den großen wirtschaftlichen Kämpfen auf dem Gebiet der Arbeit, ergeht heute der Ruf, **einzutreten in unsere Reihen** und ihren Arbeitsbrüdern und Arbeitsschwestern das **Ringen um menschenwürdigere Daseinsbedingungen erleichtern** zu helfen. **Ein und eine halbe Million** Arbeiter und Arbeiterinnen sind heute schon der gewerkschaftlichen Organisation beigetreten, ein ansehnliches Heer, das für die Rechte der unterdrückten Arbeit zu kämpfen versteht. Aber um das Mehrfache größer ist die Zahl der Unorganisierten, die den Ernst der Zeit und die vornehmste Pflicht ihres Standes noch nicht begriffen haben, selbst nicht in der Epoche der frivolen Riesenaussperrungen, in denen das Unternehmertum seine Berserkerwut austobt, im Zeitalter des **Massenkrieges**, der unterschiedslos Hunderttausende von Arbeiterfamilien in Mitleidenschaft zieht.

Die Drohung des **Gesamtverbandes deutscher Metallindustrieller**, der in seinen Betrieben 320 000 Arbeiter und Arbeiterinnen beschäftigt, zunächst 70% der Arbeiter auszusperren, dann aber, wenn diese Maßnahme weitere Arbeitseinstellungen nach sich zieht, **bis zur Vollaussperrung** vorzugehen, sollte allen Arbeitern die Augen öffnen über die Kampfpläne des Unternehmertums, müßte allen zeigen, was ihrer harrt! Diesmal konnte der Riesenkampf noch mit knapper Not verhindert werden, aber daß schon die allernächste Zukunft uns **wirkliche Riesenkämpfe** bringen wird, daran ist gar nicht zu zweifeln. Hinter dem Gesamtverband deutscher Metallindustrieller steht der

Verein deutscher Arbeitgeberverbände,

dem der **Bund der Industriellen,** der Verband sächsischer Industriellen, der Arbeitgeberverband für den bergischen Industriebezirk, die Vereinigung schleswiger Arbeitgeberverbände, der Verein der Industriellen Pommerns, der Bund der Arbeitgeberverbände Berlins, die Arbeitgeberverbände Augsburg, Bromberg, Bielefeld, Flensburg, Forst, Hamburg-Altona, ferner die Industriellenverbände der Brauereien Rheinland-Westfalens, der Berg- und Hüttenwerke des Aachener Bezirks, der deutschen Flaschenfabriken, der ostdeutschen Holzindustrie, der deutschen Schiffswerften, der deutschen Tonindustrie, der Erzeugung feuerfester Produkte, der Dachpappenfabrikation usw. angehören. Hinter jenem Arbeitgeberverband steht ferner die

Gesellschaft zur Entschädigung von Arbeitseinstellungen,

deren Zweck es ist, die in Streiks und Aussperrungen engagierten Arbeitgeber durch Entschädigung etwaiger Verluste in ihrem Widerstand zu kräftigen.

Und zur Seite steht dieser Kampforganisation von Arbeitgebern ein weit **mächtigerer Bundesgenosse,** die

Hauptstelle deutscher Arbeitgeberverbände,

deren Seele der einflußreiche **Centralverband deutscher Industrieller** ist. Diese Hauptstelle ist zu dem Zwecke ins Leben gerufen, der Arbeiterschaft ihren Kampf für bessere Arbeitsbedingungen möglichst zu **erschweren** und den im Kampfe befindlichen Arbeitgeber, gleichviel, ob es sich um Streik oder Aussperrung handele, jede mögliche Hülfe durch Beschaffung und Schutz von Arbeitswilligen, Ausschluß der Streikenden und Ausgesperrten von jeder Arbeitsgelegenheit, Sammlung von Geldmitteln und dergl. zu gewähren. Die Hauptstelle umfaßt die bedeutendsten Industriellenverbände der Berg- und Hütten-, Großeisen-, Maschinen-, Textil-, Papier-, chemischen, Nahrungsmittel- und anderer Industrien, zahlreiche örtliche Arbeitgeberverbände, Handelskammern, Berufsgenossenschaften usw. Sie steht mit dem Verein deutscher Arbeitgeberverbände in einem **Kampfkartell** zum Zwecke der gegenseitigen Hülfe bei Arbeitskämpfen. Diese gegenseitige Unterstützung soll bestehen im gemeinsamen **Schutz der Arbeitswilligen,** in der Durchführung der **Streikklausel,** wonach zugunsten kämpfender Arbeitgeber auf die Innehaltung der Lieferfrist bei Aufträgen verzichtet wird, im gemeinsamen Rechtsschutz, im Austausch aller auf Kämpfe usw. bezüglichen Nachrichten und in der gemeinsamen Hülfe bei unberechtigten Streiks und Boykotts. Darüber, was als **unberechtigt** zu erachten ist, entscheiden natürlich die Centralstellen der Arbeitgeberverbände völlig selbstherrlich. Dieses Kartellbündnis trat bereits in Funktion bei der jüngsten Formerbewegung, die zur Aussperrung von 320 000 Arbeitern führen sollte. Es war also die gesamte Macht des organisierten Unternehmertums mobilisiert, um den Arbeitern eine **Entscheidungsschlacht** zu liefern. Dank dem strategischen Geschick der kämpfenden Gewerkschaft war **der Liebe Mühe umsonst!** Aber das hat die Scharfmacherverbände nicht in ihren **weiteren Kampfvorbereitungen** aufgehalten, und so ist denn am 23. Juni d. Js. das längst geplante Werk einer **Streikversicherung der Hauptstelle** zustande gekommen. Die neue, unter geschäftlicher Führung der Hauptstelle deutscher Arbeitgeberverbände stehende Gründung nennt sich

Schutzverband gegen Streikschäden.

Sie will den Mitgliedern bei der Abwehr „unberechtigter" Forderungen und „unberechtigten" Vorgehens der Arbeiterschaft vollen Schutz gewähren, sobald die Abwehr im **allgemeinen** Interesse der Unternehmer liegt, ohne in Kämpfe rein lokaler Bedeutung einzugreifen, deren Unterstützung vielmehr dem betroffenen Arbeitgeberverbande bezw. den zu größerer finanzieller Wirksamkeit zusammengeschlossenen Verbänden überlassen bleiben soll. Es handelt sich also bei dieser Neugründung um eine **Streikversicherung großen Stils,** die ihre Spitze richtet gegen die Gesamtheit ganzer Arbeiterberufe, bezw. gegen die **gesamte Arbeiterschaft.** Noch befindet sich das neue Schutzbündnis in den ersten Anfängen. 53 Orts- und Bezirksverbände von Unternehmerorganisationen, die insgesamt 285 000 Arbeiter beschäftigen, sind ihm erst angeschlossen. Auch muß sich das Wirken einer solchen Streikversicherung der Unternehmer erst erproben, ehe die Arbeiterschaft Grund hat, diese Kampfesmittel der Arbeitgeber ernsthaft in Rechnung zu ziehen. Solche Rüstungen sind aber für die Arbeiter

eine ernste Mahnung

auf der Hut zu sein und sich auf größere Kämpfe gefaßt zu machen, denn hinter diesen Kriegsvorbereitungen der Scharfmacher steht die unverkennbare Absicht, die Organisation der Arbeiter, und damit jeden Widerstand der letzteren, zu brechen. Heute ist diese Absicht vielleicht noch ein

Es blieb auch damals noch bei der Anregung, denn ein mächtigerer Einfluß schien den Arbeitgebern die Kosten der gemeinsamen Bekämpfung der Arbeiterorganisationen ersparen zu wollen. Am 17. Juni 1897 kündigte der **Kaiser** zu **Bielefeld** ein Regierungsprogramm an, in dem er die rücksichtslose Niederwerfung jedes Umsturzes und **„die schwerste Strafe für den, der sich unterstehe, seinen Nebenmenschen, der arbeiten wolle, an freiwilliger Arbeit zu hindern,“** verhieß. Und am 7. September 1898 bekräftigte er diese Ankündigung in einem Trinkspruch zu **Oeynhausen** durch die Mitteilung, daß ein Gesetz seiner Vollendung nahe sei, wonach jeder, **„er möge sein, wer er will, und heißen, wie er will, der einen deutschen Arbeiter, der willig wäre, seine Arbeit zu vollführen, daran zu hindern versucht, oder gar zu einem Streik anreizt, mit Zuchthaus bestraft werden soll“.**

Der Ankündigung folgte der Gesetzentwurf im Sommer 1899, der unter dem Namen **„Zuchthausvorlage“** für alle Zeiten bekannt geworden ist. Sein Dasein war ein sehr kurzes — sein Ende ein bezeichnendes, aber wohlverdientes: er wurde unter stürmischer Heiterkeit und Händeklatschen des Reichstags in zweiter Lesung am 20. November 1899 abgelehnt. Tags zuvor hatte der **Centralverband deutscher Industrieller** noch einmal einen krampfhaften Versuch unternommen, zum Schaden der deutschen Arbeiterbewegung von dem Gesetzentwurf zu retten, was möglich war. In einer großen Mitgliederversammlung zu Berlin nahm er eine Resolution an, in welcher er der dem Gesetzentwurf zugrunde liegenden Absicht, jede mißbräuchliche Ausnützung des Koalitionsrechts zu hindern und unter Strafe zu stellen, beipflichtete und den Entwurf als **geeignete** Grundlage für eine dahingehende gesetzliche Regelung empfahl. Obwohl Herr v. Stumm im Reichstage auf diese Resolution verwies, vermochte sie das Schicksal des Entwurfs nicht zu ändern. Unter heißen Tränen der Wut der Scharfmacher verschwand das Zuchthausgesetz im Orkus. Der Schmerz war um so größer, als der Centralverband wenige Monate vorher selbst **12 000 Mk.** für die Propaganda dieses Gesetzentwurfes der Regierung zur Verfügung gestellt hatte und damit am deutlichsten dokumentierte, daß er dieses Gesetz als **seinen** Interessen entsprechend anerkannte. Höher verstieg sich **damals** die Opferwilligkeit des industriellen Scharfmachertums nicht. **Heute** ist ihm der hundertfache Betrag jener Summe nicht zu hoch, bei seinem Bestreben, mit der Arbeiterbewegung fertig zu werden.

Nachdem die Hoffnung auf eine staatliche Vernichtung der Arbeiterbewegung getäuscht war, waren die Scharfmacher mehr denn je darauf bedacht, die eigene Organisation der Unternehmer zu stärken und den Kampf gegen die Gewerkschaften systematischer zu gestalten. Mit der Aussperrung von 6000 Hamburger Werftarbeitern im Sommer des Jahres 1900, die herbeigeführt wurde, weil die Arbeiter einen Pfennig Lohnerhöhung forderten, begann die **Aera der großen Massenaussperrungen,** in welcher wiederum der Hamburg-Altonaer Arbeitgeberverband die führende Rolle übernahm. Die mit dem Jahre 1901 einsetzende Periode des wirtschaftlichen Niederganges bot der organisierten Industrie häufig Gelegenheit, diese Aussperrungstaktik ungestraft weiter zu üben. Die Werftindustriellen an der Unterweser, die mit dem Norddeutschen Lloyd unter einer Decke stecken, erdreisteten sich sogar, bei Strafe der Entlassung den Austritt ihrer Arbeiter aus der Verbandsorganisation zu fordern und denjenigen, welche Wert auf Weiterbeschäftigung legten, die Verbandsbücher abzunehmen.

Aber weder diese Repressalien, noch die systematische Aussperrungstaktik vermochten die weitere Entwickelung und den Erfolg der Gewerk-

schaften aufzuhalten. Von 680 000 Mitgliedern im Jahre 1900 stieg ihre Mitgliederzahl bis zum Wiedereintritt des Wirtschaftsaufschwunges 1904 auf 1 052 000 und ihr Kassenvermögen wuchs in dieser Zeit von 7¾ Millionen auf 16,1 Millionen Mark.

Diese trotz ungünstiger Wirtschaftskonjunktur und trotz zahlreicher aufgezwungener Kämpfe bedeutenden Umfanges sich fortsetzende kraftvolle Entwickelung der Gewerkschaften hätte die Unternehmer erkennen lassen müssen, daß gegen solches Leben kein Kraut gewachsen ist. Allgemach ist ja einem Teil der Arbeitgeber diese Einsicht gekommen, vielleicht weniger aus dem äußeren Wachstum der Gewerkschaften, als vielmehr aus ihrem zähen und zumeist erfolgreichen Drängen nach kürzerer Arbeitszeit und besserer Bezahlung der Arbeitskraft und aus den bedeutenden Opfern, die die Streikbewegung und vor allem auch der Aussperrungskrieg vielen Unternehmern verursacht. Ein nicht geringer Teil der Arbeitgeber neigt daher schon seit Jahren der Ansicht zu, daß es vorteilhafter sei, die Gewerkschaften als die **korporativen Vertretungen der Arbeiter anzuerkennen,** mit ihnen auf der Basis von **Macht zu Macht** zu **verhandeln** und den gewerblichen Frieden durch **vertragsmäßige Festlegung der Arbeitsbedingungen** auf eine Reihe von Jahren hinaus zu sichern. Wie sehr dieser Teil des Arbeitgebertums im Wachsen begriffen ist, bewies die vielseitige Zustimmung, die die **„Deutsche Arbeitgeber-Zeitung“,** das offizielle Organ der Arbeitgeberverbände, mit ihrem Vorschlag der Anerkennung der Gewerkschaften als vertragsfähige Macht fand. Freilich darf man sich nicht verhehlen, daß diesem Zugeständnis nichts weniger als friedliche Gesinnung gegen die Arbeiterschaft zugrunde lag und es keineswegs die edle Absicht ausschließt, eines Tages mit der ganzen konzentrierten Macht der Arbeitgeberorganisation über die als Vertragskontrahent anerkannte Gewerkschaft herzufallen, wenn die Situation dazu günstig erscheint. Der gegenwärtige Tarifbruch der deutschen **Buchbindereibesitzer** und der darauf inszenierte unverhüllte Vernichtungskampf gegen den Buchbinderverband bietet ein schlagendes Beispiel dafür, was von der Friedensliebe solcher tariffreundlichen Arbeitgeber zu halten ist.

Die tonangebenden Kreise des **Centralverbandes deutscher Industrieller,** die Bueck, Leidig, Beumer und Kirdorf sind aber selbst von **dieser** Anerkennung der Gewerkschaften weit entfernt. Sie haben die Vorschläge der Arbeitgeber-Zeitung in der schärfsten Form zurückgewiesen und es als verfehlt erklärt, den Gewerkschaften auch nur das geringste Entgegenkommen zu zeigen. Sie, die selbst für die Organisation ihrer Klassengenossen unausgesetzt tätig sind, die der Organisation ihren vorherrschenden Einfluß auf das Unternehmertum verdanken, verweigern den **Arbeitern** die Anerkennung des Rechtes auf **Organisation,** — sie, die selbst als Organe der Unternehmerverbände auftreten und handeln, wollen mit Organisationen der **Arbeiter** nichts zu tun haben. Sie sind **gewerkschaftsfeindlich aus Prinzip,** — nicht bloß gegenüber den sogenannten **freien** Gewerkschaften, weil diese sozialdemokratisch seien, sondern gegen **jede** Art von Gewerkschaften, die auch nur den leisesten Versuch machen, den Forderungen der Arbeiter durch Kämpfe Nachdruck zu leihen. „Ich lehne es auch ab, mit **christlichen Gewerkschaften** zu verhandeln“, erklärt Herr **Kirdorf** auf der Mannheimer Generalversammlung des Vereins für Sozialpolitik, „denn ich halte die christlichen Gewerkschaften für noch **viel gefährlicher,** als die sozialdemokratischen. Während die sozialdemokratischen Gewerkschaften wenigstens offen sagen, wohin der Weg geht, kämpfen die christlichen Gewerkschaften

unter falscher Flagge; sie kämpfen unter dem **Deckmantel des Christentums.**" Diese scharfe Absage an die christlichen Gewerkschaften bestätigt uns, daß das Scharfmachertum der Großindustriellen jede Art von Arbeiterorganisation mit gleichem Hasse verfolgt, mag sie sich sozialdemokratisch, christlich oder freisinnig oder national nennen; sie beweist uns, daß es das Prinzip der **Arbeiterorganisation** selbst, die gemeinsame Vertretung der Arbeiterinteressen ist, die dem Unternehmertum ein Greuel ist. Für das Scharfmachertum gibt es nur **eine** Arbeiterorganisation, die es in **jedem** Falle bekämpft. Würden alle Arbeiterkreise von dem gleichen Klassenempfinden beseelt sein wie die Unternehmerorganisation, so hätte die Arbeiterzersplitterung längst ihr Ende erreicht.

Die Führer des industriellen Unternehmertums sind aber nicht bloß aus Prinzip gewerkschaftsfeindlich, sondern auch **Gegner aller Tarifverträge.** Das wäre an sich nicht verwunderlich, denn wer es ablehnt, mit Arbeiterorganisationen zu verhandeln, der kann logischerweise auch keinen Tarifvertrag, welcher ja ohne Verhandlung zwischen geordneten Vertretungen auf paritätischer Grundlage nicht zustande kommen kann, anerkennen. Es ist aber nützlich festzustellen, daß der Centralverband deutscher Industrieller seinen ablehnenden Standpunkt gegen Tarifverträge auch noch durch eine besondere **Kundgebung** offiziell festgelegt hat. Am 5. Mai 1905 beschloß derselbe als Protest gegen eine empfehlende Würdigung der Tarifvereinbarungen in den Jahresberichten der bayrischen Gewerbeaufsichtsbeamten folgende Resolution:

„Der Centralverband deutscher Industrieller betrachtet den Abschluß von Tarifverträgen zwischen Arbeitgeberorganisationen und Organisationen der Arbeiter als der deutschen Industrie und ihrer gedeihlichen Fortentwickelung durchaus **gefährlich.** — Die Tarifverträge nehmen ebensowohl dem einzelnen Arbeitgeber die für die sachgemäße Fortführung seines Unternehmens notwendige Freiheit der Entschließung über die Verwendung seiner Arbeiter und die Lohnfestsetzung, wie sie die einzelnen Arbeiter unter die Herrschaft der Arbeiterorganisation zwingen. — Die Tarifverträge sind darüber hinaus nach Ueberzeugung des Centralverbandes, die durch die Erfahrungen in England und Amerika voll bestätigt wird, schwere Hindernisse des technischen und organisatorischen Fortschrittes der deutschen Industrie.

Aus diesen Gründen bedauert der Centralverband insbesondere auch die Entschließung der kgl. bayerischen Staatsregierung vom 2. März 1905, die den Abschluß von Tarifverträgen als eine der vornehmsten Aufgaben der Gewerbeaufsichtsbeamten bezeichnet."

Während also das Bestreben der Gewerkschaften, die Arbeitsbedingungen durch friedliche Vereinbarungen mit den Arbeitgeberorganisationen zu regeln und die für Unternehmer und Arbeiter gleich folgenschweren Lohnkämpfe zu vermeiden, den vollen Beifall der bayerischen Staatsregierung findet, erklärt die einflußreichste Vertretung des großindustriellen Unternehmertums sich als Tarifgegner aus Prinzip.

Noch enragierter trat der Syndikus der Saarbrückener Handelskammer und Führer der saarabischen Großindustriellen, **Dr. Alex. Tille,** gegen die Tarifgemeinschaften auf. Dr. Tille spielte sich noch vor etwa 1½ Jahrzehnten unter der jüngeren Gelehrtenwelt als ein äußerst **radikaler** Sozialpolitiker auf, der in der Vertretung einer Art von **aristokratischem** Sozialismus ebenso rücksichtslos gegen die **erbkapitalistische Gesellschaftsordnung,** wie gegen die **erbliche Monarchie** zu Felde zog und der Volksmehrheit ohne weiteres das Recht zuerkannte, **seine angestammten Fürsten mit Gewalt aus dem Lande zu jagen.** Sein

1893 anonym erschienenes Werk **„Volksdienst“** („Von einem Sozialaristokraten“) zeichnete sich durch eine groteske Wiederkäuung unverdauter Lehren eines Darwin, Häckel u. a. moderner Naturforscher und durch eine geradezu kläglich-absurde Auffassung und Bekämpfung der Grundsätze des wissenschaftlichen Sozialismus aus. Schon damals spukte aber bei Tille die krankhafte Sucht der Verherrlichung des schrankenlosen Wettbewerbs, bei dem ihm die **Akkordarbeit** als schönster Ausgleich zwischen Selbsttrieb und sittlicher Ueberzeugung galt, die Rücksicht auf den wirtschaftlich Schwachen als Humanitätsduselei und Mitleidsmoral verhöhnt und selbst in der höheren **Kindersterblichkeit** von ihm noch ein bedeutungsvoller Ausleseprozeß erblickt wurde. Man sieht, der Mann, der heute die Moral für einen plumpen Schwindel erklärt und den Kampf gegen die **Moralinseuche** predigt, hat sich in seinen verworrenen Grundanschauungen wenig geändert. Nur in **einem** Punkte fand er es für vorteilhafter, sich zu mausern, indem er den „Volksdienst“ mit dem **Herrendienst,** mit der Stellung eines Generalsekretärs eben im Dienste des vorher so scharf befehdeten **„Erbkapitalismus“** vertauschte. Dazwischen liegen freilich die **„Flegeljahre“,** eine Schrift, die er veröffentlichte („Aus Englands Flegeljahren“ 1901), nachdem ihm die Glasgower Studentenschaft wegen eines Artikels über den Burenkrieg beinahe ein unfreiwilliges Bad bereitet hätte, und in welcher er die englischen Gewerkvereine der Führung eines Kampfes „gegen ihren **Brotquell,** die Unternehmer“, mit allen Mitteln der Heimtücke, Hinterlist und Gewalt bezichtigte, England als einen **„Schattenstaat“** kennzeichnete, weil es Jahrzehnte lang diese Untaten geduldet habe und die Vereinbarung der Arbeitsbedingungen durch die Gewerkvereinsführer und die Schiedsgerichte als den vollendetsten **wirtschaftlichen Unsinn** verhöhnte. Es kann nicht wundernehmen, daß der Centralverband deutscher Industrieller bemüht war, diese „wissenschaftliche Kapazität“ für seinen Dienst zu gewinnen, und noch im selben Jahr finden wir Dr. Tille als neuen Generalsekretär dieses Scharfmacherverbandes. Wenige Jahre später fiel ihm die „geistige Führerschaft“ im Königreiche Stumm zu, wo er, der einstige „Sozialaristokrat“ und „Feind des Erbkapitalismus“, völlig in seinem Element war. Dieser Unternehmervertreter hat jetzt der **Tarifgemeinschaft in aller Form den Krieg erklärt,** indem er die Vorstände der wirtschaftlichen Vereine und des Arbeitgeberverbandes der Saarindustrie veranlaßte, gegen den Buchdruckertarif Stellung zu nehmen. Durch Rundschreiben wurden die Unternehmer aufgefordert, ihre Druckarbeiten nur an **tariffreie** Druckereien zu vergeben, wobei ein Verzeichnis der tariffreien Druckereien Südwestdeutschlands versendet, und der Kampf gegen die **„Tarifknechtschaft“** für die Arbeitgeberverbände der gesamten deutschen Industrie proklamiert wurde. Der Ueber-Scharfmacher hat freilich mit seinem Feldzug gegen das zur Nachahmung reizende gute Beispiel der Buchdrucker-Tarifgemeinschaft wenig Glück gehabt. Von der kapitalistischen Presse sekundierte ihm nur die vom Hamburg-Altonaer Arbeitgeberverband ausgehaltene „Deutsche volkswirtschaftliche Korrespondenz“ und schließlich ließ ihn selbst ein Teil der Saarindustriellen im Stich, als der Streik auf der Burbacher Hütte ihnen zeigte, daß sogar im Saarrevier ein Regime nach den Theorien Tilles geeignet ist, die schwersten Katastrophen heraufzubeschwören. Trotz dieses verunglückten Kampfes gegen die Buchdrucker-Tarifgemeinschaft sind die maßgebenden Kreise der Unternehmerorganisation nach wie vor tariffeindlich und sie werden auch in Zukunft sich jedem Fortschritt auf diesem Gebiete nach Kräften entgegenstemmen.

wenn man den Neunstundentag konzediere, eine Menge von Werken zur **achtstündigen Schicht** übergehen müsse und daß, da die Leute nicht ohne Unterbrechung 8 Stunden arbeiten könnten, man noch unter die 8 Stunden herabgehen müsse. Charakteristisch war der dringende Rat des Herrn **Beumer**, von diesen Verhandlungen **ja nichts in die Presse kommen zu lassen**, da man sonst dem Minister den Rückzug erschwere. **„Wenn Sie aber jetzt etwas in die Zeitungen hineinbringen** — es wird sich auch um die Festlegung des **Protokolls** handeln, ob Sie da alles, was hier gesprochen wird, **veröffentlichen** wollen —, **dann werden Sie einen großen Sturm in der Oeffentlichkeit heraufbeschwören,** der nachher dem Minister die Verhandlung mit Ihnen und auch die Erfüllung Ihrer Wünsche außerordentlich schwierig macht."

Die Furcht der Scharfmacher vor der **Oeffentlichkeit** hat zweifellos ihre guten Gründe. Die Herren empfinden selbst, wie **volksfeindlich** ihr Einfluß ist, und wie sehr die Regierung sich desselben vor der Oeffentlichkeit zu **schämen** hat. Haben doch die jüngsten Reichstagsverhandlungen über die Arbeitszeit in den staatlichen Marinebetrieben gezeigt, wie sehr das Deutsche Reich hinter den Vereinigten Staaten, England, Frankreich und Italien, ja selbst hinter Norwegen und Spanien zurückgeblieben ist. Die hinterlistigen Meuchelpläne der Scharfmacher gegen den **Neunstundentag** beweisen in der Tat, daß dieses Treiben das Licht des Tages zu scheuen hat. Deshalb umgaben sie ihre Umsturzpläne gegen zeitgemäße Verfügungen der Regierung mit dem schützenden Dunkel der Heimlichkeit.

Nicht minder bezeichnend waren die Beratungen desselben Vereins über die durch die Berggesetzreform aktuell gewordene Frage der **Arbeiterausschüsse.** Da erklärte Herr Bueck als Referent mit Genugtuung, daß es dem **preußischen Landtag** zu danken sei, wenn die Bestimmungen der Berggesetznovelle so **gemäßigt** ausfielen, weil dort keine **Sozialdemokratie** die Mehrheit beeinflusse. „Wenn es sich um eine Frage im **Reichstage** handelte, **so würde diese Sache ganz anders behandelt werden, als im preußischen Abgeordnetenhaus und im preußischen Herrenhaus."**

Ein vernichtenderes Urteil gegen das Unrecht des preußischen **Dreiklassenwahlsystems** hätte Herr Bueck kaum finden können. Der **Wahlentrechtung des Volkes** ist es also zuzuschreiben, daß die Wünsche der Arbeiter in der Berggesetzreform so wenig berücksichtigt, ja geradezu verhöhnt worden sind, und wie hier, so auf allen Gebieten der Landesgesetzgebung. So urteilen die Herren, wenn sie im engsten Kreise, **unter Ausschluß der Oeffentlichkeit,** tagen!

Noch ungenierter sprach man sich in der Verbandsversammlung der **Hauptstelle deutscher Arbeitgeberverbände** aus, die am 8. Dezember 1905 im Savoyhotel zu Berlin tagte. Zur Verhandlung stand der Geschäftsbericht des Herrn A. Bueck, der in einer glühenden Propagandarede für die **Arbeitgeberorganisation** ausklang. In der Debatte ergriff der Führer der sächsischen Textilindustriellen, der aus dem Crimmitschauer Kampfe bekannte Kommerzienrat **Vogel,** das Wort, um die Unternehmer zu größerer Opferwilligkeit anzuspornen. Nach dem gleichfalls durch die „Metallarbeiter-Zeitung" veröffentlichten Sitzungsbericht erklärte dieser Herr:

„Unser Generalsekretär Bueck hat uns vorhin gesagt, daß unsere Hauptstelle Arbeitgeber mit 500 Millionen Mark Lohnsumme vereinigt. Wenn wir uns in eine Linie stellen mit unseren Arbeitern,

würden wir jährlich 5 Millionen aufbringen. Denn im großen ganzen zahlen die Arbeiter 1 Proz. ihres **Lohnes** —

> **der in keinem Verhältnis steht — das werden Sie ohne weiteres zugeben — mit den Erträgnissen unserer Fabriken und mit dem Einkommen unseres Standes.**

Die Leute bringen 1 pro 100 auf. Wenn wir den Neuanzuwerbenden sagen: In unseren Arbeitgeberverbänden nehmen wir $^1/_2$ oder 1 pro Mille, so ist das erste, daß sie darum feilschen, daß dieses ganze oder halbe pro Mille zu hoch sei, daß sie es gar nicht nötig hätten, ein Eintrittsgeld zu bezahlen oder wenigstens den Jahresbeitrag nur für das halbe Jahr entrichten wollen, daß jeder eine besondere Vergünstigung für sich haben will. **Und im Falle des Streiks — kann bei manchen der Mund nicht weit genug aufgerissen werden, wie weit sie entschädigt werden sollen. Meine Herren, das ist das Bild!** Und ich glaube, es ist sehr wünschenswert, gegenüber den letzten Vorkommnissen — die rote Welle dringt bis zu uns herüber, — Ihnen zu zeigen, wie groß die Gefahr ist, wenn wir uns nicht aufrichten. Meine Herren, sind wir denn weniger als Arbeiter? Haben wir nicht vermöge unserer Kapitalkraft, unseres Verstandes, unseres Wissens viel mehr Chancen ...? Ich habe seinerzeit in Berlin an dieser Stelle gesagt: **Meine Herren! Einen Juliusturm müssen wir bauen,** wir müssen einen **Turm** bauen, wo wir soviel **Kapitalien** festlegen, daß wir jeder Eventualität ruhig entgegensehen können. Das elende Gebäude, das wir jetzt haben, wo wenige Hunderttausende wie in einem kleinen Pott, in eine Schachtel hineingetan worden sind, das imponiert den Arbeitern nicht, die ungefähr 20 Millionen in den Banken liegen haben und über ganz andere Opferfreudigkeit verfügen. Ich habe gestern die Freude gehabt, eine Anzahl Industrieller aus Süddeutschland zu sprechen; die sagten: **„Wir haben dieses Jahr ein gutes Jahr gehabt,** wir werden in unseren Generalversammlungen beantragen, ein Prozent der an die Arbeiter gezahlten Lohnsumme auf die Kante zu legen für alle Zwecke, wie sie von Arbeitgeberverbänden gefördert werden". Ich hätte persönlich gewünscht, daß es uns noch **viel, viel schlechter geht.** Vielleicht wären wir dann noch einmal zusammen gekommen und jeder hätte in die **Tasche** gegriffen und **im Handumdrehen hätten wir zehn Millionen bekommen!"**

So der sächsische Oberscharfmacher Vogel, der ebensogut über die Erträgnisse der Fabriken, als über die niedrigen Arbeiterlöhne Bescheid weiß und die **gefüllten Taschen seiner Arbeitgeberfreunde,** aber auch deren Knauserigkeit und mangelnden Opfersinn zur Genüge kennt. Das leuchtende Beispiel bewunderungswürdiger Opferfreudigkeit, das die armen Arbeiter ihren reichen Ausbeutern geben, wird auf die letzteren wohl immer ohne Eindruck bleiben.

Verfehlt wäre es aber, daraus den Schluß zu ziehen, daß die Arbeitgeberorganisation den Gewerkschaften nie ernstlich gefährlich werden könne. Die Stärke der Arbeiterorganisation beruht ganz wesentlich auf dem Vorhandensein verfügbarer Millionenfonds, um jederzeit Tausende von streikenden oder ausgesperrten Arbeitern, die nichts als ihre Arbeitskraft besitzen, unterstützen, mit dem Nötigsten versehen zu können. Die W derstandskraft der Unternehmerorganisation basiert hauptsächlich auf deir Ausschaltung des unlauteren Wettbewerbs, der aus der Streikkalamität des einzelnen Nutzen zieht. Die Entschädigung für Streikverluste hat

hier mehr die Bedeutung eines Lockmittels für die kleinen Gewerbetreibenden, die den Großen zwar inmitten eines Kampfes recht unbequem werden können, an deren Erhaltung aber den Industriellen sowieso sehr wenig gelegen ist. Die Großindustrie bedarf der Entschädigung nicht, zumal die fortschreitende Kartellierung die Streikverluste auf ein Minimum reduziert. Der Streik im Ruhrkohlenrevier hat dem Kohlensyndikat keinen ernsthaften Schaden zugefügt, der nicht durch spätere Mehrförderung und Preissteigerung ausgeglichen wäre.

Die Streikversicherung wird immer nur von untergeordneter Bedeutung für die Unternehmerkämpfe sein. Wenn das Unternehmertum sonst in jeder Beziehung einig ist und sich nicht gegenseitig in den Arm fällt, so wird es für die Gewerkschaftsbestrebungen schon ein ernstes Hindernis bilden. So hat die Hauptstelle deutscher Arbeitgeberverbände, wie aus einem ohne ihr Zutun veröffentlichten Sitzungsbericht hervorgeht, im April d. Js. anläßlich eines Kutscher- und Möbelpackerstreiks in Magdeburg den noch jungen Arbeitgeberverband der Speditions- und Transportunternehmungen derart unterstützt, daß der Streik ebensoviele Wochen dauerte, als man ihn vorher nach Tagen berechnet hatte, und schließlich mit geringfügigen Zugeständnissen aufgehoben werden mußte. Der Ausgang dieses Kampfes bildete den Anlaß, daß das Magdeburger Gewerkschaftskartell eingehend das Thema **„Gewerkschaften und Unternehmerverbände“** erörterte und das darüber gehaltene Referat als Broschüre erscheinen ließ.*) Auch der Kampf im Zeitz-Weißenfelser Braunkohlenrevier wurde wesentlich durch das Eingreifen der Hauptstelle verlängert und in seinem Erfolge für die Arbeiter erheblich beeinträchtigt. Das beweist uns zur Genüge, wie nachteilig es wäre, die Bedeutung der Arbeitgeberorganisation lediglich nach deren finanziellem Opferaufwand einzuschätzen. Dies würde stets zur Unterschätzung unserer Gegner führen. Wir haben keinen Grund, angesichts der erfreulichen Entwickelung unserer Gewerkschaften an Mitgliedern und Finanzmitteln, trübe in die Zukunft zu schauen. Eine Klasse, die ein solches Maß von Opferfreudigkeit und Widerstandskraft bekundet, wird sich nicht so leicht niederringen lassen. Aber wir dürfen auch die natürliche Ueberlegenheit unserer kapitalkräftigen Gegner nicht vergessen und ihre durch Organisation erhöhte Widerstandskraft nicht zu gering einschätzen, wenn wir uns vor üblen Erfahrungen bewahren wollen.

* * *

Um so mehr aber erwächst allen Arbeitern die Pflicht, die Widerstandsfähigkeit der **Gewerkschaftsorganisation** zu stärken. Zehntausende von Arbeitern stehen ihrer Berufsorganisation noch fern, — Hunderttausende sind in zahlreichen Industrien noch für die Organisation zu gewinnen, — Millionen stehen heute noch abseits der Gewerkschaftsbewegung und entziehen sich der gemeinsamen Sache, ihre Kraft, die sie in den Dienst der gemeinsamen Sache stellen müßten, in nutzlosem Spiel, Sport und Vereinstreiben vergeudend. Um wieviel leichter, rascher und erfolgreicher könnte der Kampf der Gewerkschaften sein, wenn heute die Mehrheit der Arbeiter hinter ihrer Organisation stände, und wie viele Kämpfe würden vermieden, wie viele Zugeständnisse der Arbeitgeber durch friedliche Vereinbarungen gesichert werden, wenn das Unternehmertum nicht mit der Gleichgültigkeit eines großen Teils der Arbeiter rechnen könnte. Die Gewerkschaften repräsen-

*) Aug. Müller: „Gewerkschaften und Unternehmerverbände“. Preis 30 Pfennig. Verlag des Gewerkschaftskartells Magdeburg.

tieren nur etwa 20 Prozent der beschäftigten Arbeiter, — erklärte das Organ des Centralverbandes deutscher Industrieller, — deshalb kann uns niemand zumuten, sie als die Vertretung des Arbeiterstandes anzuerkennen! So trägt die Teilnahmlosigkeit eines großen Teils der Arbeiter dazu bei, den ärgsten Arbeiterfeinden das Rückgrat zu steifen. Wenn diese Arbeiter nur einmal darüber nachdenken würden, wie sehr sie sich durch ihr unwürdiges Verhalten **ins eigne Fleisch schneiden,** dann würden sie sich eines Besseren besinnen. Da diese Erkenntnis aber nicht von selbst kommt, so ist es die Pflicht ihrer organisierten Klassengenossen, ihnen dies so eindringlich als möglich zu sagen.

Wer seine Organisationspflicht nicht erfüllt, schädigt sich selbst und seine Familie, seinen Beruf und den ganzen Arbeiterstand.

Aber auch die **Organisationszersplitterung** der Arbeiter kommt den Gegnern zugute. Wo in aller Welt gibt es ein Beispiel, daß das Unternehmertum seine Wirtschaftsinteressen in religiöse und politische Formeln zwängt und sich in religiöse, konfessionelle und politische Verbände zersplittert? Unsere Gegner wissen nur zu gut, daß ihre Herrschaft auf einheitlichen und darum starken wirtschaftlichen Verbänden beruht. Die Arbeiterorganisation sucht man indes zu schwächen, indem man besondere politische, christliche und nationale Gewerkschaften propagiert und zwischen den Arbeitern künstliche Schranken aufrichtet, durch Hervorrufung von Gegensätzen die notwendige Einigkeit aller Arbeiter gegenüber den vereinigten Arbeitgebern unterbindet. Als Folge zeigt uns die Erfahrung, daß die solcherweise mißleiteten Arbeiter sich bei Lohnkämpfen gegenseitig in den Rücken fallen, den Unternehmern Streikbrecher zur Verfügung stellen und die eigenen Klassengenossen der bürgerlichen Justiz in die Hände liefern. Solchem **Organisationswirrwarr** gegenüber hat das Unternehmertum ein **leichtes Spiel.** Nur dort, wo die Arbeiterschaft ohne Unterschied der religiösen oder politischen Ueberzeugung geschlossen vorgeht, ist ihr Widerstand erfolgreich. Auch die **öffentliche Meinung** wird den Arbeitern nur dann helfend zur Seite stehen, wenn sie einig sind, wie das Beispiel des Ruhrkohlenkampfes bewies. Erschwerung der gewerkschaftlichen Ausbreitung und Arbeit, Verbitterung des kollegialen Verhältnisses, Verkümmerung des gewerkschaftlichen Erfolges, Stärkung des Widerstandes der Arbeitgeber, das ist das traurige Fazit der von Arbeiterfeinden systematisch gepflegten Sonderbündelei.

Stark und einheitlich muß die Organisation sein, die den Arbeitgebern Respekt einflößt!

Der Zusammenschluß des Unternehmertums lehrt uns, daß es dringend notwendig ist, **der Organisationszersplitterung ein Ende zu machen** und den Gegnern nur die **eine** kampferprobte Arbeiterorganisation entgegenzustellen, die durch die **gewerkschaftlichen Centralverbände,** vereinigt in der **Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands,** vertreten wird. Diesen Verbänden müssen sich alle Außenstehenden anschließen; diesen Gewerkschaften sind auch diejenigen Arbeitsgenossen zuzuführen, die bisher des Glaubens waren, auch in einem christlichen oder Hirsch-Dunckerschen Gewerkverein oder in einer lokalistischen Vereinigung ihre gewerkschaftlichen Interessen vertreten zu finden.

* * *

An Euch, Arbeitsgenossen oder Arbeitsgenossinnen, die Ihr den Gewerkschaften noch fernsteht, ergeht die Aufforderung, der Organisation

Eures Berufes beizutreten oder, falls Ihr bereits Mitglied derselben seid, **durch diese Flugschrift weitere Mitglieder für dieselbe zu werben.**

Folget dem Mahnruf zur Organisation!

Es ist hohe Zeit, den Beitritt zu beschleunigen. **Ernste Kämpfe stehen der Arbeiterschaft bevor.** Wartet nicht erst den Tag ab, an dem die Arbeitgeber die fortgesetzt angedrohten **Riesenaussperrungen** zur Tatsache machen. Sichert Euch durch sofortigen Eintritt in den Verband alle Rechte und tragt zu Eurem Teil dazu bei, die Reihen der Arbeiter zu einer unüberwindlichen Phalanx zu gestalten.

Arbeiter und Arbeiterinnen!

Ihr verdientet Euer Los, bis an Euer Lebensende geknechtet, unterdrückt und verhöhnt zu werden und an Euren Kindern und Kindeskindern das gleiche Schicksal sich vollziehen zu sehen, wenn Ihr Euch nicht zur Wehr setztet.

Darum hinein in die Gewerkschaften!

Das ist die beste Antwort auf die Kampfdrohungen des organisierten Unternehmertums!



Auskunft über den Beitritt zur Gewerkschaftsorganisation erteilen bereitwilligst die Gewerkschaftsvorstände und Vertrauensleute an jedem Orte. Wo solche Auskunft aus irgend welchen Gründen nicht zu erhalten ist, wende man sich an die zuständigen Verbandsleitungen, deren Adressen nachstehend angegeben sind. Die sämtlichen nachstehend aufgeführten Gewerkschaften nehmen auch die weiblichen Arbeitskräfte des Berufes als Mitglieder auf, soweit solche in nennenswerter Anzahl in den betreffenden Berufen vorhanden sind. Der Kürze wegen ist das bei den Titeln der einzelnen Organisationen nicht besonders hervorgehoben.

Adressen der Vorsitzenden der deutschen Centralvereine.

1. **Asphalteure.** Fr. Weiglin, Beusselstr. 19, part. Berlin NW. 87.
2. **Bäcker.** O. Allmann, Marxstr. 6, pt., Hamburg 23.
3. **Barbiere.** Fr. Etzkorn, Osterstr. 166, Hamburg 19.
4. **Bauhülfsarbeiter.** Gust. Behrendt, Klosterstr. 8 I, Hamburg 7.
5. **Bergarbeiter.** H. Sachse, Wiemelhauserstr. 38/40, Bochum.
6. **Bildhauer.** P. Dupont, Solmsstr. 33, 2. Et., Berlin SW. 29.
7. **Blumen-, Feder- und Blätterarbeiter.** Frau Emma Ihrer, Schloßstr. 8, 1. Et., Pankow b. Berlin.
8. **Böttcher.** C. Winkelmann, Hankenstr. 21/22, Bremen.
9. **Brauereiarbeiter.** G. Bauer, Münzstr. 5, 3. Et., Hannover.
10. **Buchbinder.** E. Kloth, Kottbuserdamm 23, 1. Et., Berlin S. 59.
11. **Buchdrucker.** E. Döblin, Chamissoplatz 5, 3. Et., Berlin SW. 29.
12. **Buchdrucker** (Elsaß-Lothringen). A. Schmoll, Langgasse 146, Straßburg i. Els.
13. **Buch- und Steindruckerei-Hülfsarbeiter.** Frau Paula Thiede, Elbingerstr. 19, 2. Et., Berlin NO. 18.
14. **Bureauangestellte.** Gustav Bauer, Dänenstr. 1, 1. Et., Berlin N. 58.
15. **Dachdecker.** G. Diehl, Brückenstr. 31, Frankfurt a. M.

16. **Eisenbahner.** H. Jochade, Ausschläger-Allee 32, Hamburg 27.
17. **Fabrik-, Land- und gewerbliche Hülfsarbeiter.** A. Brey, Münzstr. 5, Hannover.
18. **Fleischer.** Paul Hensel, Dragonerstr. 15, Berlin C. 54.
19. **Formstecher.** C. Schubart, Koloniestr. 70, v. 4. Et., Berlin N. 20.
20. **Gärtner, Gartenarbeiter und Blumengeschäftsangestellte.** Georg Schmidt, Metzerstr. 3, Berlin N. 37.
21. **Gastwirtsgehülfen.** Hugo Poetzsch, Elbingerstr. 21, Berlin NO. 18.
22. **Gemeindebetriebsarbeiter.** Albin Mohs, Winterfeldtstr. 24, Berlin W. 30.
23. **Glasarbeiter.** E. Girbig, Goßlerstr. 29, 2. Et., Berlin O. 17.
24. **Glaser.** Herm. Eichhorn, Wilhelmstr. 47, Karlsruhe.
25. **Graveure und Ziseleure.** Ernst Brückner, Mariannenplatz 5, Hof, 1. Et., Berlin SO. 26.
26. **Hafenarbeiter.** J. Döring, Gänsemarkt 35, 1. Et., Hamburg.
27. **Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiter.** O. Schumann, Engelufer 21, Berlin SO. 16.
28. **Handlungsgehülfen und -Gehülfinnen.** Max Josephsohn, Marktstr. 136, Hamburg 6.
29. **Handschuhmacher.** E. Leister, Tilsiterstr. 40, 2. Et., Berlin O. 34.
30. **Holzarbeiter.** C. Kloß, Adlerstr. 43, Stuttgart.
31. **Hutmacher.** A. Metzschke, Kreuzstr. 7, Altenburg, S.-A.
32. **Konditoren.** C. Völk, Seilerstr. 32, 4. Et., Hamburg 4.
33. **Kupferschmiede.** F. Bischoff, Friedenstr. 4, Hamburg 23.
34. **Kürschner.** Ernst Schubert, Wohldorferstr. 13, Hamburg 22.
35. **Lagerhalter.** Franz Reinsdorf, Markt 17, Leipzig-Lindenau.
36. **Lederarbeiter.** H. Mahler, Engelufer 15, 4. Et., Berlin SO. 16.
37. **Lithographen und Steindrucker.** (Deutscher Senefelderbund). O. Sillier, Anklamerstr. 27, 1. Et., Berlin N. 28.
38. **Maler.** A. Tobler, Schmalenbeckerstr. 17, 2. Et., Hamburg-Barmbeck.
39. **Maschinisten und Heizer.** F. Scheffel, Pücklerstr. 45, Berlin SO. 33.
40. **Maurer.** Th. Bömelburg, Besenbinderhof 56, Hamburg 7.
41. **Metallarbeiter.** A. Schlicke, Röteſtr. 16b, Stuttgart.
42. **Müller.** H. Käppler, Zwickauerstr. 12, Altenburg, S.-A.
43. **Notenstecher.** M. Löblich, Thalstr. 27, 1. Et., Leipzig.
44. **Portefeuiller.** H. Weinschild, Waldstr. 8, 1 Et., Offenbach a. M.
45. **Porzellanarbeiter.** Georg Wollmann, Rosinenstr. 3, Seitenflügel, 2. Et., Charlottenburg.
46. **Sattler.** P. Blum, Adalbertstr. 56, Berlin SO. 16.
47. **Schiffszimmerer.** W. Müller, Banksstr. 144, Hamburg 17.
48. **Schirmmacher.** Carl Lohse, Düsseldorf, Kasernenstr. 63.
49. **Schmiede.** F. Lange, Herderstr. 2, Hamburg-Uhlenhorst.
50. **Schneider.** H. Stühmer, Köpenickerstr. 32, 1. Et., Berlin SO. 16.
51. **Schuhmacher.** J. Simon, Fenitzerplatz 4, Nürnberg.
52. **Seeleute.** Paul Müller, Hafenstr. 116, 1. Et., Hamburg-St. Pauli.
53. **Steinarbeiter.** Paul Starke, Zeitzerstr. 32, Leipzig.
54. **Steinsetzer.** W. Wagner, Wiclefſtr. 16, 1. Et., Berlin NW. 21.
55. **Stukkateure.** Chr. Odenthal, Am Holsteinischen Kamp 39 a II, Hamburg 22.
56. **Tabakarbeiter.** Carl Deichmann, Marktstr. 18, 3. Et., Bremen.
57. **Tapezierer.** L. Grünwaldt, Steindamm 99, 2. Et., Hamburg-St. Georg.
58. **Textilarbeiter.** C. Hübsch, Andreasstr. 61, Berlin O. 27.
59. **Töpfer.** A. Drunsel, Engelufer 15, Berlin SO. 16.
60. **Vergolder.** Heinrich Späthe, Wilsnackerstraße 39, Berlin NW. 5.
61. **Wäschearbeiter.** Paul Keller, Neue Königstr. 7, 1. Et., Berlin NO. 43.
62. **Zigarrensortierer.** C. Arnhold, Marktstr. 127, Hths., Hamburg 6.
63. **Zimmerer.** F. Schrader, Feßlerstr. 28, 1. Et. links, Hamburg-Barmbeck.
64. **Zivil-Musiker.** Gottl. Fauth, Hellkamp 33, 3. Et., Hamburg 19.



Druck: Vorwärts Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW. 68.


CANCELLED



